

Auszug - Bericht aus dem JobCenter - Vorstellung des neuen Geschäftsführers, Herrn Dr. Günther BE: Herr BzStR von Dassel

38. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Bürgerdienste

TOP: Ö 2.1

Gremium: Soziales und Bürgerdienste

Beschlussart: erledigt

Datum: Di, [11.05.2010](#)

Status: öffentlich

Zeit: 17:30 - 19:40

Anlass: ordentlichen Sitzung

Raum: Sitzungssaal 226

Ort: Parochialstraße 3, 10179 Berlin

Der Vorsitzende, Herr Allendorf, begrüßt den neuen Geschäftsführer des JobCenters, Herrn Dr. Günther, und bittet ihn zu berichten.

Herr Dr. Günther dankt für die Einladung und stellt sich vor. Er ist seit dem [12.04.2010](#) in der Funktion des Geschäftsführers des JobCenters Mitte nach der Wahl der Trägervertretung tätig. Die beiden Träger Bundesagentur und Bezirksamt haben seine Amtszeit bis zum [31.12.2010](#) festgelegt. Zum Zeitpunkt der Wahl war noch nicht klar, wie der Bundesgesetzgeber entscheiden wird, wie die Zukunft der JobCenter aussehen soll. Herr Dr. Günther meint, dass es für ihn keine befristete Tätigkeit sei. Er hat diese Tätigkeit übernommen in dem Bewusstsein und in der Hoffnung auch über den [31.12.2010](#) hinaus im Bezirk Mitte wirksam zu sein.

Herr Dr. Günther teilt weiter mit, dass er seit 2003 bei der Bundesagentur für Arbeit tätig war. 2005 hatte er sich entschieden, im Bereich der Grundsicherung zu arbeiten. Er übernahm die Geschäftsleitung im JobCenter Märkisch-Oderland und in Seelow. Herr Dr. Günther teilt anschließend den Grund mit, warum er sich für das SGB II entschieden hat. Hier wird vom aktivierenden Sozialstaat gesprochen, der die Menschen nicht dort belässt, wo sie sind, sondern es wird versucht, sie in verbesserte Umstände zu bringen.

Anschließend arbeitete er in der Regionaldirektion und hat dort im Bezirk Berlin-Brandenburg die Zielsteuerung der JobCenter und Arbeitsgemeinschaften betrieben. 2008 arbeitete er ein Jahr in der Zentrale der DA in Nürnberg in einem Projekt zur Neuorganisation des SGB II. 2009 hat er beim Arbeitgeberverband Arbeitsmarktpolitik gemacht. Herr Dr. Günther betont, dass er froh darüber sei, jetzt wieder Arbeitsmarktpolitik im Bezirk Mitte betreiben zu können.

Zum JobCenter Mitte selbst teilt er mit, dass es besser sei, als sein Ruf. Es gibt ein Imageproblem. Man habe aber auch sehr viel Positives zu berichten. Man versucht, durch Kunden/innenbefragungen die Zufriedenheit herauszufinden, wie zufrieden die Kunden mit der Arbeit der Mitarbeiter/innen sind. Er betont hier, dass man im Ranking der JobCenter auf Platz 1 stehe. Das heißt aber nicht, dass man sich ausruhen sollte. Es gibt viele Dinge, die im JobCenter verändert werden müssen. Er bemängelt auf keinen Fall die Arbeit seiner Vorgänger, die die Arbeit im JobCenter dahin gebracht haben, wo sie jetzt ist. Man muss aber auch sehen, dass es Veränderungsmöglichkeiten gibt. Auch darf man beim Thema *Grundsicherung* nicht vergessen, dass man mit Kunden/innen zusammen arbeitet, die sich in einer nicht gerade beneidenswerten Lage befinden. Die Aufgabe des JobCenters ist es, dass das, was mit einem großen Einsatz an Menschen und Geld betrieben wird, das Los der Menschen verbessert wird. In der Arbeit mit Kunden/innen gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten. Herr Dr. Günther betont, dass er zuversichtlich sei, dass in nicht all zu ferner Zukunft deutliche Veränderungen

erzeugt werden können, die dann auch eine Kundenzufriedenheit nicht nachhaltig beeinträchtigen werden.

Zur Arbeitsmarktsituation teilt er mit, dass momentan im Bezirk ein Phänomen auftaucht, welches nicht erklärbar sei. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 5,7 %. Aktuell habe man 1.518 arbeitslose Kunden/innen weniger als in 2009. Man habe aber auch eine gegenläufige Entwicklung, was die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen betrifft und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Es sind darüber hinaus auch diejenigen, die arbeiten und Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Er betont, dass die Zahl der „Ergänzer/innen/Aufstocker/innen“ zunehmend steigt. Damit steigt auch die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse. Man muss das sorgfältig beobachten, wie sich das entwickelt in Relation zu den auskömmlichen Beschäftigungsverhältnissen (denn Jobs, bei denen man so viel bekommt, dass man nicht mehr ergänzend Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen muss). Kernstrategie für das JobCenter ist es, alles zu versuchen, um zunächst einmal den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Er glaubt, dass man gute Chancen habe. Das Verhältnis zwischen den tatsächlich geschafften Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt und dem der Bezugsgröße der Kunden fehlen aktuell 336 Integrationen. Auch sei er zuversichtlich, dass man das in diesem Jahr bewältigen könnte, die angestrebte Linie zu erreichen, was Integration betrifft. 1200 marktnahe Kunden/innen habe man derzeit, die mit wenig Aufwand recht schnell in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden können. Man muss die Vermittlungsfachkräfte darauf orientieren, dass diese marktnahen Kunden/innen möglichst wenig lange im System bleiben und möglichst schnell in den ersten Arbeitsmarkt kommen und dort bleiben können. Auch spricht Herr Dr. Günther davon, dass es nicht nur marktnahe Kunden/innen gibt. Es gibt auch Kunden/innen mit mehr oder weniger starken Hilfebedürfnissen. Diese Menschen wird man nicht all zu schnell in den Arbeitsmarkt bekommen. Sie werden das JobCenter eine Weile begleiten. Abschließend betont er, dass man das mit Fingerspitzengefühl und dass man sich auch mit der Agentur einigt, dass diese Aufgaben mit einer Politik der kleinen Schritte nur angegangen werden kann. Es soll den Kunden/innen ein Stückchen geholfen werden. Das JobCenter soll im Bezirk Mitte einen kleinen Beitrag leisten.

Frau BD Westphal (CDU) möchte wissen, ob es zwischen den Vermittlungsfachkräften und den Fallmanagern unterschiedliche Aufgaben gibt. Sie möchte wissen, warum man sie unterscheidet. Gibt es für den Kreis Integrationsbereich Fallmanager und wie unterscheiden sie sich. Herr Dr. Günther teilt mit, dass es aufgrund der großen Kunden/innenzahl und dem Verhältnis dazu und der relativ kleinen Vermittlungsbereiche darum gehe, ein Höchstmaß an Effektivität zu erzielen. Das kann man dadurch bewerkstelligen, in dem man wenig Aufwand habe und sie im Sinne einer Integration in den ersten Arbeitsmarkt bringt. Die Fallmanager sind diejenigen, die sich vorrangig um die kümmern, die sich ganz weit weg vom Arbeitsmarkt befinden. Dazu gibt es eine spezielle Qualifikation, die die Fallmanager erwerben können. Das JobCenter tut alles, um das entsprechende Niveau zu halten.

Herr BzStR von Dassel ergänzt, dass im Ausschuss und in der BVV sehr oft über die Problematik der Beratungsqualität gesprochen wurde, weil der Personalkörper ganz unterschiedlich im JobCenter zusammen gesetzt ist. In den letzten Wochen hat sich eine Forderung in der Diskussion mit der Agentur herausgestellt, dass die Träger die Erwartung an die Geschäftsführung geäußert haben, dass im JobCenter ein Akademikerservice benötigt wird, um ganz speziell zu sagen, dass die Kunden/innen, die besonders kundennahe sind, auch anders behandelt werden sollen. Sie müssen mit einer anderen Zielrichtung behandelt werden. Für den normalen Vermittler ist es sehr schwierig, eine qualifizierte Beratung anzubieten.

Herr von Dassel weist auf eine Diskussion im Ausländerbeirat hin. Es wurde darauf hingewiesen, dass es in der Bundesrepublik insgesamt sehr viele Menschen aus anderen Ländern gibt, die formal keine Abschlüsse machten, aber in ihren Herkunftsländern akademische Abschlüsse haben, die in Deutschland nicht anerkannt sind. Er meint, dass hier noch sehr viel Potenzial liege, so ein Akademikerservice aufzubauen.

Herr BV Rauskolb (CDU) möchte von Herrn Dr. Günther wissen, welche fachliche Ausbildung er genossen hat. Herr Dr. Günther teilt mit, dass er Jurist sei. Er promovierte mit einem Europarechtlichen Thema: Die Europarechtlichen Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung. Weiterhin teilt er mit, dass er nach der Wende in Brandenburg teilweise selbständig, teilweise im Angestelltenverhältnis als Dozent in den Kommunalverwaltungen arbeitete. Im Anschluss daran hatte er zeitweilig für Kommunen im Land Brandenburg als Berater gearbeitet (u. a. als Rechtsanwalt in Potsdam).

Herr BD Lötzer (Die Linke) möchte etwas über die Mittel erfahren, die dem JobCenter in 2010 zur Verfügung stehen. Weiterhin bittet er über die Personalbesetzung im JobCenter zu berichten. Herr Dr. Günther teilt mit, dass er entsprechende Risiken in 2010 sehe. In der Maßnahmenplanung gibt es noch einige Fragezeichen. Die Bewirtschaftung des Eingliederungstitels wurde zur Chefsache im JobCenter Mitte erklärt. Es gibt einige Maßnahmen, die nicht ordentlich nachbesetzt werden. Mit dem Eingliederungstitel ist ein Mandat zu erfüllen, welches voll wahrgenommen werden muss. Zum Personalschlüssel teilt er folgendes mit: Man hat sich verkalkuliert. Man hatte nicht abgesehen, wie viele Kunden/innen das JobCenter haben wird. Herr Dr. Günther betont, dass er den Qualitätsmaßstab schätzt. Ihm stellt sich die Frage, wie man mit den vorhandenen Ressourcen möglichst viel für die Kunden/innen erreichen könnte.

Herr BzStR von Dassel teilt mit, dass man an der SOLL-Zahl (831) immer noch nicht angelangt sei. Aktuell sei das JobCenter mit 774 Personen besetzt, aber es sind nur annähernd 838 Stellen besetzt.

Frau BD Westphal (CDU) meint, dass man ausländische Akademikerabschlüsse weiter im Auge behalten sollte, insofern das der Gleichbehandlungsgrundsatz gewahrt bleibt, d. h., keine Bevorteilungen gegenüber deutschen Abschlüssen die Folge sind, gerade unter dem Aspekt der Gleichstellungsfragen von Abschlüssen zwischen den deutschen Bundesländern.

Frau BV Dr. Reuter (Die Linke) bittet um Informationen zu den bewerbenden Trägern. Welche Möglichkeiten gibt es, die Ausschreibungsverfahren zu prüfen. Herr BzStR von Dassel teilt zur Maßnahme „Jugend aktiv in Mitte“ mit, dass es relativ klar war, sollte diese Maßnahme fortgesetzt werden, muss sie aufgrund der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen ausgeschrieben werden. Das war unvermeidlich, obwohl das einige bedauerten. Auch die Hinweise von einigen Trägern, dass man das in anderen Bezirken anders handhabt, wurde hinreichend geprüft. Das JobCenter hat dann mit dem Jugendamt zusammen diese Ausschreibungskriterien definiert. Ein anerkannter Träger soll ein Träger der Jugendberufshilfe sein. Andererseits soll er mit den vorhandenen Strukturen im Bezirk Mitte gut vernetzt sein. Man war überrascht, dass noch vor Ende der Ausschreibungen unterlegende Träger vom *Regionalen Einkaufszentrum* informiert wurden, dass sie nicht zum Zuge kommen werden. Auch wurde vermittelt, wer zum Zuge kommen wird. Der ausgewählte Träger ist nach Meinung des Jugendamtes nicht mit den Angeboten von Mitte vernetzt. Er ist nur mit einem einzigen Angebot im Rahmen der vertieften Berufsorientierung auf Landesebene engagiert gewesen. Hier stellt sich deutlich die Frage nach der Vernetzung. Weiterhin teilt Herr von Dassel mit, dass der Status „Anerkannter Träger der Jugendberufshilfe“ sich im Ausschreibungsverfahren etwas schwieriger erwiesen hat, weil das *Einkaufszentrum* meint, dass sie diese Anerkennung haben möchten, aber erst zum Startbeginn, der zum 1. Juni sein soll. Man kann nicht vorher verlangen, dass sie es nachweisen. Heute habe man im Bezirksamt sehr intensiv darüber diskutiert. Man war sich einig. Frau BzStR´in Schrader hat dem Geschäftsführer mitgeteilt, dass sie diese Ausschreibung aus ihrer fachlichen Sicht befremdlich findet. Sie sieht auch die Vernetzung als nicht gegeben an und sie sieht damit auch die Ausschreibungsunterlagen als nicht erfüllt an. Das JobCenter und das *Regionale Einkaufszentrum* müssen entscheiden, ob dieser Einwand der Kommune berechtigt sei und ob sie diese Entscheidung revidieren. Das Bezirksamt hofft, dass mit einer klaren Aussage die absolut notwendige und in der Ausschreibung unabdingbar formulierte Vernetzung mit den Strukturen noch einmal rückgängig gemacht werden kann. Das muss aber nicht bedeuten, dass die Träger, die bisher ihre Angebote machten, den Zuschlag erhalten. Es könnten jetzt auch andere Träger sein.

Herr BV Rauskolb (CDU) bittet um die Erläuterung des Begriffes „Regionales Einkaufszentrum“. Herr BzStR von Dassel beantwortet die Frage wie folgt: Es sind hier alle Maßnahmen enthalten, die im SGB II-Bereich und im SGB III-Bereich ausgeschrieben werden. Aus rechtlichen Gründen müssen sie über die Vergabe der Arbeitsagentur ausgeschrieben werden und dann auch vergeben werden.

Auf die Frage von Herrn Rauskolb, ob es sich um eine Organisationseinheit handelt, die bei der Agentur sei, wird mit Ja geantwortet.

Herr BV Schepke (Grüne) bezieht sich auf den Beginn der Maßnahmen 1. 6. 2010 und möchte wissen, wenn diese Entscheidung rückgängig gemacht wird, ob trotzdem die Chance besteht, zum [1.6.2010](#) die Maßnahmen mit einem neuen Träger zu realisieren oder wird eine Lücke entstehen, die niemand wünscht. Gibt es Möglichkeiten mit vorübergehenden Lösungen 3 Monate zu retten und dann die Ausschreibungen ordentlich abzuwickeln. Herr BzStR von Dassel meint, dass es theoretisch

möglich sei, ein anderer Träger erhält den Zuschlag und ist sofort einsetzbar. Er kann nicht sagen, wenn ein ursprünglich ausgewählter Träger klagt, was das für Konsequenzen haben wird. Die Ausschreibung soll am [18.05.2010](#) veröffentlicht werden. Es gibt derzeit keine Hinweise, dass der 1.6. nicht möglich sei. Herr von Dassel betont, dass es nicht nur um den Preis gehe. Die Qualitätskriterien haben einen höheren Anteil, als letztendlich der Preis.

Frau BV Dr. Reuter (Die Linke) möchte wissen, ob es Möglichkeiten gibt Einblick zu nehmen, wie das Landesauswahlverfahren erfolgte, wenn es ein Auswahlverfahren mit entsprechenden Formulierungen von Kriterien gegeben hat. Gibt es eine rechtliche Überprüfung oder eine Einflussnahme, um solche Fragen noch einmal anzusprechen und prüfen zu lassen.

Herr BD Lötzer (Die Linke) erinnert sich, dass Berichte über das *Regionale Einkaufszentrum* durch die dortige Geschäftsführung begleitet wurden. Er möchte wissen, wie die Entscheidungskompetenzen zwischen dem *Regionalen Einkaufszentrum* und der Geschäftsführung der JobCenter sind. Erhält das JobCenter Ergebnisse und kann es auch Einspruch dagegen erheben. Herr Dr. Günther teilt mit, dass das *Regionale Einkaufszentrum* eine Untereinheit der Regionaldirektion sei. Die Einführung dieses Systems ist eine im Vorfeld umstrittenste Entscheidung im Rahmen des Reformprozesses gewesen. Sie wird von zwei Kerngedanken - höhere Effektivität und Wettbewerbsgedanken - getragen. Auch betont Herr Dr. Günther, dass man das als ein Gesamtes sehen muss. Wenn ein Träger, der es sein sollte, nun nicht ist, darf das nicht darüber hinweg täuschen, dass insgesamt die Arbeit der *Regionalen Einkaufszentren* sehr viel mehr Angelegenheiten umfassen. Er meint, dass die Zufriedenheit mittlerweile so groß ist, dass von einzelnen Entscheidungen vor Ort grundsätzlich über dieses System kein Zweifel mehr besteht.

Herr BzStR von Dassel teilt ergänzend mit, dass Einsicht nehmen und Klagen natürlich die am Wettbewerb Teilnehmenden sind und nicht das Bezirksamt Mitte.

Anschließend bezieht sich Herr von Dassel auf seine E-Mail, in dem er spontan mit einer Ausschreibung und mit einem Interessenbekundungsverfahren konfrontiert sei, was dem JobCenter eine Möglichkeit bis zum [27.05.2010](#) einräumt, an einem Interessenbekundungsverfahren *Bürgerarbeit* teil zu nehmen. In der E-Mail ist zu entnehmen, was bis zum [27.05.2010](#) erbracht werden muss: Abstimmung mit dem Land, mit der Kommune, mit den Kammern. Er betont, dass das bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu schaffen sei. Man habe einen Trägerbeschluss erwirkt, der Herr Dr. Günther und das JobCenter Mitte auffordert und verpflichtet, an diesem Interessenbekundungsverfahren *Bürgerarbeit* teil zu nehmen. Man hofft, von 30.000 Stellen, die deutschlandweit geschaffen werden sollen rd. 300 Stellen besetzen könnte. Man hätte somit eine Möglichkeit, was an ÖBS weggebrochen ist, durch das neue Instrument *Bürgerarbeit* zu ersetzen. Aufgrund der Zeitenge kann keine breite Beteiligung aller QM's gesehen werden und man kann auch nicht zwei Fachgespräche führen.. Das Bezirksamt Mitte schlägt dem JobCenter vor, Prämien-Entgelt-Projekte zu identifizieren, die unstrittig so arbeitsmarktnahe sind, aber auch für die Sozialstruktur im Bezirk Mitte so wichtig sind. Das BA wünscht sich, genug Maßnahmemittel zu erhalten, um die Maßnahmen fortzuführen. Im wesentlichen denkt das BA hier an die Integrationslotsen (z. B. Müfümü, Kiez und Parkläufer), die dem JobCenter vorgeschlagen werden sollen, die über eine langfristige Finanzierung über *Bürgerarbeit* finanziert werden könnten. Weiterhin könnte man eine Serviceagentur für ältere Menschen bzw. für Menschen mit Behinderung einrichten. Man stellt immer wieder fest, dass Mobilitätsdienste nicht ausreichend ausgestattet sind. Auch stellt man fest, dass im Bereich *Hilfe zur Pflege* (Pflegeklasse Null) ein großer Bedarf besteht. Das BA hat auch festgestellt, dass viele Menschen, die über die Einkommensgrenze hinaus und staatliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen, sehr zurückhaltend sind, diese zusätzlichen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten auf dem freien Markt einzukaufen (z. B. nieder schwellige hauswirtschaftliche Leistungen oder auch Einkaufshilfen). Hier hat das BA überlegt, ob man eine Sonder-SOKO bildet, die sich aus dem Bereich *Bürgerarbeit* speist und die aus dem Bereich Ü 55 oder Ü 60 in den Vordergrund rückt. Man erhofft sich, dass Menschen über *Bürgerarbeit*, die 3 Jahre in einem professionellen ehrenamtlichen Bereich tätig sind, dann nach Ausscheiden aus dem Berufsleben ihre Arbeit ehrenamtlich weiter führen. Das BA erhofft sich, den ehrenamtlichen Nachwuchs zu generieren.

Herr BD (Lötzer) bezieht sich auf die Bekanntmachung des Bundesarbeitsministeriums, in der z. B. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mit 30 Wochenstunden mit 900,00 € Brutto gefördert werden sollen. Er meint, dass man auf 130 Stunden im Monat komme, Stundensatz: ca. 6,90 €. Er möchte wissen, ob die Summe zutrefte oder noch aufgestockt wird. Herr BzStR von Dassel teilt mit: Aus Sicht des Bundesarbeitsministeriums sei es so. Aus Sicht des Landes Berlin und aus Sicht des

Bezirksamt Mitte sei es so nicht. Man hofft, dass eine Prüfung in den nächsten Wochen stattfindet und dass sich das Land als Kofinanzierung in das Programm einbringt. Die Mittel, die bisher in den Bereich ÖBS geflossen sind, sollen in den Bereich *Bürgerarbeit* umgeleitet werden, um dort einen Mindestlohn von 7,50 € oder 8,00 € zu garantieren.

Frau BV Schauer-Oldenburg (Grüne) bezieht sich auf die Serviceagentur *Pflege* und meint, dass sie das etwas differenzierter sieht, was sich dahinter verbirgt. Weiterhin möchte sie etwas über die Zusammenarbeit der Kiezläufer wissen. Sie meint, dass das ein globaler Begriff sei, unter dem man sich nichts vorstellen kann.

Herr BV Schepke (Grüne) meint, dass man sich unter Kofinanzierung etwas vorstellen kann. Wenn man einen Mindestlohn von 7,50 € oder 8,00 € nehmen würde, sei man bei 30 Stunden bei einem Betrag, wo man *Aufstocker* sei und somit JobCenter-Kunde/in.

Herr von Dassel betont, dass das, was als *Bürgerarbeit* definiert wurde, im Konzept der letzte Schritt sei. Vorher wird eine noch intensivere Betreuung von arbeitslosen Menschen angestrebt. Hier möchte man große Erfolge erzielt haben. Nur die, die noch nicht im ersten Arbeitsmarkt untergekommen sind und noch nicht nahe herangerückt sind, sieht man für eine *Bürgerarbeit* vor, denn man ahnt, dass sie relativ lange im JobCenter und im ALG II-Bezug verharren werden. Das bietet sich auch für den Bereich Ü 55 an. Hier sind nicht nur die Vermittlungschancen schwieriger als bei jemanden, der 25 Jahre alt ist, sondern die Perspektive in den Arbeitsmarkt ist nur noch zeitlich begrenzt. Herr von Dassel glaubt, dass man die Perspektive *Bürgerarbeit* besser argumentieren kann, als bei einem 23, 24, 25 oder 30 Jährigen. Insofern würde sich, aufgrund des Alters, ein Anschluss oder sanftes Übergleiten von der *Bürgerarbeit-SOKO* in eine normale SOKO leichter ergeben, als bei einem 25jährigen, der nach dieser Maßnahme weiter berufstätig ist.

Zu den Kiez- und Parkläufern teilt Herr von Dassel mit, dass diese Maßnahme klar definiert sei. Es sei in weiten Teilen ein Instrument, was schon zur Stabilisierung der Kieze und des Wohnumfeldes beigetragen hat. Inzwischen gibt es lokale Kiezgrößen, die seit 3 Jahren Kiezläufer sind und die eine gewisse stabilisierende Funktion ausüben und die, wenn sie diese Arbeit über eine Entgeltmaßnahme machen, nach einem Jahr wieder ausgewechselt werden.

Zum Thema *Pflege* teilt Herr von Dassel mit, dass klar sei, dass die normale Körperpflege nicht ersetzt wird. Es geht um die ergänzenden Hilfen, die Menschen benötigen, die eigentlich noch keine Pflege benötigen, aber weil sie die normalen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten (Einkaufen, allein zum Arzt gehen) nicht mehr allein bewältigen können, oft in die Not kommen und zu eine Pflegeeinrichtung gehen und um Hilfe bitten. Wenn man sicher stellen kann, dass die Alltagserschwernisse den Menschen abgenommen werden könnten, dann kann man erreichen, dass eine wirkliche Pflegebedürftigkeit deutlich später eintritt, als sie jetzt vielleicht eintritt.

Frau BD Westphal (CDU) möchte wissen, ob der Ausschuss für Soziales und Bürgerdienste einen Beschluss fassen soll, um ESF-Mittel zu akquirieren. Weiterhin möchte sie wissen, was das JobCenter vom Ausschuss erwartet. Herr BzStR von Dassel sei unschlüssig, was der Ausschuss beitragen könnte. Ihm sei wichtig, dass der aktuelle Sachstand dem Ausschuss mitgeteilt wird. Sollte es Anregungen geben, wird es sicherlich eine Möglichkeit geben, diese in den nächsten zwei Wochen einzubringen. Zu den ESF-Mitteln teilt er mit, dass der Bund erwartet, dass diese Gelder zur Kofinanzierung von Qualifikationen eingesetzt werden, wie es auch bei ÖBS der Fall ist.

Auf die Frage von Frau BV Dr. Reuter (Die Linke), ob es eine Stellungnahme auf Landesebene zu diesem Programm gibt meint Herr BzStR von Dassel, dass ihm das nicht bekannt sei.

Der Vorsitzende, Herr Allendorf, dankt Herrn von Dassel für seine Ausführungen und meint, dass sich der Ausschuss in den nächsten Monaten noch einmal damit auseinander setzen wird.

Weiterhin dankt er Herrn Dr. Günther für seine Ausführungen und hofft, dass er in regelmäßigen Abständen dem Ausschuss berichten wird.